A 012 DGB-Bezirksvorstand Nordrhein-Westfalen

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Industrie- und Energiepolitik

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Industrie ist der Motor für unternehmensorientierte Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung. Umgekehrt prägen Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien industrielle Produkte und Prozesse immer stärker.
Die effiziente Nutzung von Ressourcen, Lösungen für ökologische Probleme und Herausforderungen können nicht gegen, sondern nur mit der Industrie erreicht werden. So wie die Industrie ihrerseits dann eine gute Zukunft hat, wenn sie zur Einsparung von Ressourcen beiträgt.
Der DGB bekennt sich ausdrücklich zu dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um mindestens 30% zu senken. Gleichzeitig bekennen wir uns klar und eindeutig zur Zukunft für den Industriestandort Deutschland, in dem auch zukünftig industriellen Großprojekten realisiert werden.. Industrielle Großprojekte sind auf eine verbindliche, zuverlässige Politik und auf Rechtssicherheit angewiesen. Sie werden dauerhaft aber nur dann Akzeptanz finden, wenn hohe Standards bei Umweltschutz und klimarelevanten Fragen eingehalten und gesichert werden können. Und wenn die gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere die betroffenen „Nachbarn" frühzeitig informiert und die Ausgestaltung eines fairen Interessenausgleichs einbezogen werden.

1. Ressourceneffiziente Industrie

Material-, Energie- und Ressourceneffizienz ist ein klimapolitisches Thema. Es ist aber auch ein betriebspolitisch brisantes Thema. In vielen Betrieben bilden Material- und Energiekosten inzwischen einen größeren Kostenblock als die Personalkosten. Die industrielle Entwicklung in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark auf die Verbesserung der Arbeitsproduktivität ausgerichtet: Von 1960 bis heute hat sich die Arbeitsproduktivität der deutschen Industrie fast vervierfacht. Die Ressourceneffizienz wurde demgegenüber vernachlässigt: Die Materialproduktivität – also die Ressourcenproduktivität – hat sich im gleichen Zeitraum nur verdoppelt. Und die Energieproduktivität liegt mit einem Zuwachs von nur 50% noch weit zurück.
In Deutschland haben viele Unternehmen die den Kern einer „grünen Industrie" ausmachen und ausmachen können ihren Standort. Damit wird hier mit entschieden über die effizientere Nutzung der Ressourcen, für die Zukunft und für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Deshalb brauchen wir eine wirtschafts- und industriepolitisch aktive Bundesregierung die ökologische Ziele nicht vernachlässigt.

1.1 Der Energiesektor

Der weitere Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird der wichtigste Vermeidungshebel für die Treibhausgasemissionen sein.
Damit die erneuerbaren Energien ihren Anteil an dem gesamten Energieverbrauch von heute rund 10% auf 20% und an der Stromerzeugung von heute fast 15% auf 30% im Jahr 2020 steigern können, sind zukünftig erhebliche Investitionen in Windenergie „Onshore" und „Offshore", in die Nutzung von Freiflächen und Gebäuden für Photovoltaik sowie Biomassenutzung notwendig. Der DGB unterstützt das „Erneuerbare Energien Gesetz" (EEG) und alle Anstrengungen, die Produktivität der erneuerbaren Energien zu verbessern und diese Steigerungen auch für die Senkung der Preise der Stromeinspeisung zu nutzen.

Trotzdem wird Deutschland noch für einige Jahrzehnte auf nicht erneuerbare Energieträger angewiesen sein.
Der DGB hält an dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie fest. Die Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken ist aufgrund bestehender Sicherheitsrisiken und der ungeklärten Entsorgungsproblematik umweltpolitisch gefährlich. Sie ist aber auch wirtschaftspolitisch riskant, weil Dumpingpreise aus abgeschriebenen Atomkraftwerken - die ihre Entsorgungskosten der Allgemeinheit aufgebürdet haben - Investitionen in zukunftsfähige Energien beeinträchtigen.
Steinkohle und Braunkohle werden gemeinsam mit dem Energieträger Gas beim Ausstieg aus der Atomenergie bis Mitte dieses Jahrzehntes noch bis zu 50 % des nachgefragten Stroms liefern müssen.
Der DGB unterstützt technologische Verbesserungen, die die Wirkungsgrade der Kraftwerke erhöhen und damit zusätzliche Potenziale der Senkung der Treibhausgasemissionen erschließen.
Der DGB fordert den Ersatz der alten Braunkohlekraftwerke in Grevenbroich (Frimmersdorf, Neurath) und Eschweiler-Weisweiler durch die neuen, effizienteren Blöcke in Niederaußem (Braunkohlekraftwerk mit optimierter Anlagentechnik (*BoA*) 1), Neurath (BoA 2+3) und Hürth (mit CO*Carbon Dioxide Capture and Storage*, kurz *CCS*).
Durch die Steigerung des Nutzungsgrades mit optimierter Anlagentechnik kann kurzfristig eine deutliche Reduzierung des CO2-Ausstoßes erzielt werden.
Die maßgeblich in Deutschland entwickelte CCS-Technologie muss unter Beachtung umwelt- und sicherheitstechnischer Belange zur großtechnischen Reife und praktischen Umsetzung gebracht werden. Die Politik im Bund und in den Ländern ist gefordert, hierfür schnellstmöglich die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, da ansonsten CO2-Emissionen nicht ausreichend gesenkt werden oder Zukunftsinvestitionen blockiert werden und diese Hochtechnologie in andere Regionen abzuwandern droht.
Der DGB unterstützt den Bau der Steinkohlekraftwerke in Duisburg-Walsum (Evonik), Lünen (Trianel), Hamm (RWE/Stadtwerke) und Datteln (E.On). Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, ihren Beitrag zu leisten, um Rechtssicherheit für die Investitionen an den Kraftwerksstandorten zu schaffen.
Kohleverstromung basiert überwiegend auf Importkohle. Der DGB fordert dennoch, den geplanten Ausstieg aus der Steinkohleförderung in Deutschland zu revidieren. Damit soll die Preisstabilität für Kohle unterstützt, die Versorgungssicherheit verbessert, die Zukunft der Bergbautechnologie nachhaltig gestärkt und der Zugang zu den Lagerstätten für den Grundstoff Kohle mit seinen vielfältigen Verwertungsmöglichkeiten nachhaltig gesichert werden.
Während konventionelle Kraftwerke nur bis zu ca. 45% (bei modernen Braunkohlekraftwerken) des eingesetzten Brennstoffs wie Kohle, Erdgas oder Öl in Nutzenergie umwandeln, können KWK-Anlagen bis zu 90 Prozent des Brennstoffes nutzen, indem auch die erzeugte Wärme verwendet wird.
Der DGB fordert den Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung über den verstärkten Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung und über die Nutzung der Abwärme aus Kraftwerken. Auch weil die industrielle Nutzung der Abwärme in ChemParks gut genutzt werden kann, setzt sich der DGB für den Bau von Steinkohlekraftwerken ein.

1.2 Die Industriesektoren

In den Industriesektoren können Treibhausgasemissionen sowohl durch fortgesetzte Steigerung der Energieeffizienz (z.B. durch den zunehmenden Einsatz effizienterer Antriebssysteme von Energiesparmotoren bis zu Elektroantrieben) als auch durch industriespezifische Einzelmaßnahmen (z.B. gezieltes Abfangen von Lachgas in der Chemie, Ausbau und Optimierung des Schmelzverfahren im Elektrolichtbogenofen (EAF-Verfahren) statt Sauerstoffblasverfahren im Sauerstoffkonverter (BOF) in der Stahlindustrie) reduziert werden.
Gleichzeitig können viele Branchen von einer Marktdynamik für eine ressourceneffiziente Industrie profitieren. Chemische Produkte sind an vielen Zukunftslösungen beteiligt: Beispiele sind Dämmmaterialien für Gebäude, organische Sensoren für hocheffiziente Photovoltaik, neue organische Substanzen für sparsame Beleuchtung (OLEDs), Materialien für Brennstoffzellen und andere Energiespeichersysteme oder Hochleistungspolymere für die Gewichtsreduzierung in Transportmitteln. Auch aus diesem Grund setzt sich der DGB für die Stärkung der chemischen Industrie und für den Ausbau der industriellen Infrastruktur und die Vernetzung untereinander als Voraussetzung für industrielle Produktion in der Chemie ein.

Beschäftigungsstarke Branchen wie der Maschinenbau, können davon profitieren, dass substanzielle Umwandlungen in Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien (z.B. Windenergie, Photovoltaik) neue Investitionen in Maschinen und Anlagen auslösen. Ressourcensparende Maschinen und Anlagen finden Absatzchancen quer durch alle Industriezweige.
Besseres Energiemanagement erfordert oft komplexere Mess- und Steuersysteme. Auch bei der Steigerung der Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten und elektrischen Antrieben kommen Innovationen in der Elektrotechnik zum Einsatz.

Der Gebäudesektor

Bei der Sanierung des Altbestandes von Gebäuden entsteht Umsatz und Beschäftigung in der Bauwirtschaft durch die Installation effizienter Wärmedämmsysteme. Auch der Kraftwerksneu- und -rückbau bieten Chancen für die Bauwirtschaft. Die Gebäudetechnik profitiert vom Einsatz effizienter Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Beleuchtungs- und Regelungstechnik.
Der DGB setzt sich dafür ein, die Sanierungsrate aller bisher unsanierten Wohngebäude mit Baujahr vor 1979 auf 3% pro Jahr zu erhöhen und damit gegenüber dem bisherigen „historischen Trend" mehr als zu verdoppeln. Der Energieverbrauch öffentlicher Gebäude muss reduziert, beobachtet und gemanagt werden.

Transportbereich

Die Umstellung auf neue Antriebstechniken auf der Basis anderer Treibstoffe schafft zusätzliche Möglichkeiten für umweltverträgliches Wachstum und Beschäftigung im Individualverkehr. Notwendig ist ein integrierter Ansatz der Automobilhersteller, der Verkehrsteilnehmer, der Infrastrukturhersteller, -betreiber und der Energiewirtschaft (Stromerzeuger, Mineralölindustrie), d.h. ein Zusammenwirken aller Teile der „Mobilitätskette". Der DGB unterstützt Modellregionen für Elektromobilität z.B. im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Der DGB setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des Schienenpersonenverkehrs und des Schiengüterverkehrs ein.
In der Energiewirtschaft sind Stromnetze und in der Chemie sind und Gas- und Rohstoff-Pipelines die wichtigsten Transportmittel. Der DGB setzt sich dafür ein, diese Infrastruktur für industrielle Wertschöpfung auszubauen und die Standortqualität damit weiter zu verbessern. Dabei ist zu gewährleisten, dass die bestmögliche Technik verwendet wird, Gefahrenpotentiale minimiert bzw. ausgeschlossen werden und ein frühzeitiger Dialog sowie ein fairer Ausgleich mit den Interessen evtl betroffener „Nachbarn" herbeigeführt wird.

2. Industrielle Querschnittsbereiche

2.1 Informations- und Kommunikationstechnologien

Industrielle Produkte integrieren immer mehr unterschiedliche Technologien. Industrielle Prozesse sind immer stärker abhängig von modernen, leistungsfähigen Informations- und Kommunikationstechnologien. Nach Angaben des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) stieg das Datenaufkommen in Deutschland allein im vergangenen Jahr 2008 um 50 Prozent auf rund 2,5 Mrd. Gigabyte an. Auch für dieses Jahr wird wieder mit einer solchen Steigerung gerechnet.
Um die Standortqualität bei steigenden Anforderungen in allen Regionen zu sichern ist es aus Sicht des DGB unverzichtbar, die Breitband-Grundversorgung auch in bislang un- und unterversorgten Gebieten sicher zu stellen und den weiteren Ausbau einer nachhaltig leistungsfähigen Basisinfrastruktur voranzubringen.

2.2 Mikrotechnologie, Neue Werkstoffe und Biotechnologie

Der DGB unterstützt die Forschung und Entwicklung in forschungsintensiven Querschnittstechnologien wie die Mikrotechnologie, Neue Werkstoffe und Biotechnologie.
Diese Technologien bilden nicht nur das Potenzial für die Gründung neuer Unternehmen und die Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse. Sie fördern und erfordern auch Innovationen in Betrieben, die diese Technologien in ihre bisherigen Produkte integrieren können. Innovations- und Technologiepolitik muss helfen, die Fähigkeit dieser Betriebe zur Nutzung und Integration neuer Technologien zur Weiterentwicklung bestehender Produkte und Prozesse zu verbessern. Technologiezentren können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie entsprechend ausgerichtet sind.